

Neujahrsansprache 2005

Herzlich willkommen zum Neujahrsempfang der DFG! Wir freuen uns darüber, Sie im Einsteinjahr im Leibniz-Saal der BBAW begrüßen zu dürfen.

Wenn irgendjemand, dann steht Albert Einstein für die Grundlagenforschung, für deren Förderung in Deutschland auch und vor allem die Deutsche Forschungsgemeinschaft zuständig ist.

Auch der Name Leibniz ist der DFG aufs engste verbunden. Jedenfalls haben wir unseren wichtigsten Preis, den größten und angesehensten Forschungspreis in diesem Lande, nach Leibniz benannt.

Im Jahre 1700, als er die erste Gelehrtenengesellschaft im damaligen Preußen konzipierte, waren die Wissenschaften noch eine Einheit, die von einzelnen Personen, wie etwa Leibniz, überschaut werden konnte. Und noch mehr: Die Wissenschaft vertrat damals Theorie und Praxis gleichermaßen, jedenfalls versuchte Leibniz dies mit seinem Motto für die Akademie „Theoria cum praxi“ auszudrücken. Dieses Prinzip ist der DFG ebenfalls nicht fremd, auch wenn wir uns wünschen, dass Wirtschaftsunternehmen größeres Interesse an unserer Arbeit hätten, als wir es derzeit wahrnehmen.

Lassen Sie mich in diesem Jahr mit Ihnen einige Gedanken zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft diskutieren. Im Rückblick auf 2004, aber auch im Blick auf die Zukunft sehe ich dieses durchaus mit gemischten Gefühlen.

Wie deutlich kann sich Wissenschaft eigentlich vermitteln und wie ernst wird sie von dieser Gesellschaft genommen und

wahrgenommen? Das frage ich mich oft, wenn ich gleichzeitig realisiere, wie sehr diese Gesellschaft von Wissenschaft und ihren Einsichten tatsächlich abhängt.

Nehmen Sie das Beispiel des Klimaschutzes. Am 16. Februar tritt das Kyoto-Protokoll in Kraft. Es wird allerhöchste Zeit. Leider aber wird der Klimaschutz auch über dieses Vertragswerk nur halbherzig geregelt. Um den Gesamtausstoß an Treibhausgasen zu verringern, beginnt 2008 weltweit der Handel mit Emissionszertifikaten. Wer viel Treibhausgase produziert, muss diese Ablassscheine von denjenigen kaufen, die wenig produzieren. Das klingt gut, aber das System hat große Schwächen. Es ist nicht global angelegt, sodass Industrieunternehmen Anreize erhalten, ihre Produktion einfach in Drittländer zu verlagern. Außerdem haben die meisten Länder, darunter auch Deutschland, viel zu viele Zertifikate ausgegeben, sodass beispielsweise in Deutschland die notwendige Reduktion der Treibhausgase nur über die Haushalte und den Verkehr erfolgen kann. Die Halbherzigkeit wird meist der Wissenschaft zugeschrieben, die keine eindeutigen Daten und Voraussagen zu beschaffen in der Lage sei und sich außerdem widerspreche. Das bekannte Wissenschaftsmagazin „Science“ hat dazu vor wenigen Wochen eine Studie publiziert, die alle wissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Thema seit 1993 untersucht hat. Ausnahmslos kamen die 1993 analysierten Arbeiten zu dem Schluss, dass in der Tat die Klimaprobleme anthropogen sind und dass beispielsweise an der Tatsache, dass die Dekade der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts die wärmste des zweiten Millenniums, aus der Sicht der Wissenschaft nicht der geringste Zweifel besteht. Die Halbherzigkeit liegt also auf Seiten der Politik, der internationalen Politik wohlgemerkt. Sie einfach der Wissenschaft zuzuschreiben, ist nicht richtig. Vielleicht erzeugt die Welle der Solidarisierung nach dem Seebeben in Südostasien die

Einsicht, dass wir auch bezüglich des Klimaschutzes *eine* Welt sind, und nur eine.

Oder nehmen sie das Problem des Alterns unserer Gesellschaft. Die Lage könnte eindeutiger nicht sein. Die Lebenserwartung unserer Bevölkerung steigt seit 1840 unverändert um drei Monate pro Jahr. Gleichzeitig sinkt die Geburtenrate dramatisch. Sieht man beide Phänomene zusammen, so müssen im Jahre 2040 einhundert Arbeitnehmer nicht, - wie jetzt -, 50, sondern 84 Rentner ernähren. Die Wissenschaft hat diese Fakten seit Jahren auf den Tisch gelegt. Die oft in der Forschung so unvermeidlichen Ungewissheiten gibt es hier nicht. Denn zwei Drittel derjenigen, um die es im Jahre 2040 gehen wird, leben heute schon. Trotzdem hat es viel zu lange gedauert, bis die Politik in die Rentenberechnungen einen demographischen Faktor einbezogen hat. Warum muten wir den jungen Menschen zu, die Schulden zu tilgen, die wir heute machen? Nun handelt es sich hier um Vorgänge von derart langfristiger Perspektive und grundsätzlicher Art, dass der Unmut der Gesellschaft, hier etwas zu ändern, verständlich wird. Anders ist es bei den Einschränkungen der Forschung, wie wir sie derzeit erleben. Ich meine die „Grüne Gentechnik“ und die klinische Forschung.

In der „Grünen Gentechnik“ wurde die Gesetzeslage unter Berufung auf Anpassung an eine entsprechende EU-Richtlinie auf eine Weise geändert, die Forschungsvorhaben auf diesem Gebiet, sofern sie die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen voraussetzen, im Grunde unmöglich macht. Mit der Einführung der verschuldensunabhängigen Haftung ohne Haftungsobergrenzen wurden die Hürden derart hochgesetzt, dass wohl kaum ein Institutsdirektor oder Universitätspräsident jemals wird die Verantwortung übernehmen können, solche Versuche auch nur beantragen zu lassen. Ich bin mir bewusst, dass auch viele

Mitglieder der Regierungsfractionen über diese Entscheidungen unglücklich sind. Sie beruhigen die Wissenschaft gerne damit, dass es sich hier allenfalls um ein Randproblem handele, weil es nicht allzu viele Wissenschaftler betreffe. Dies ist einerseits richtig. Andererseits mache ich die Erfahrung, wie gerade unsere jungen Wissenschaftler im Ausland, die sich über ihre Rückkehr nach Deutschland Gedanken machen, die Wissenschaft als eine Einheit begreifen und daher in einer solchen, in der Tat sehr spezifischen Entscheidung, eine Gefahr für das Ganze sehen. Ich kann dies nachvollziehen, zumal dieses Beispiel nicht das Einzige ist, mit dem wir es derzeit zu tun haben.

Der andere Fall trifft die klinische Forschung oder, um genauer zu sein, klinische Studien. Klinische Studien spielen in der klinischen Forschung eine große Rolle, um den Einfluss von allerlei Faktoren, von der Ernährung über genetische Hintergründe eines Krankheitsbildes bis hin zu neuen Arzneimitteln, auf die menschliche Gesundheit zu untersuchen. Dies erfordert Versuche an und mit Menschen und bedarf daher eines klinisch höchst organisierten Umfeldes, so dass mit der höchsten Sorgfalt, die hier geboten ist, gearbeitet werden kann. In Deutschland werden diese Studien seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, als Stiefkinder der klinischen Forschung betrachtet, weil die hierfür notwendigen personellen Voraussetzungen, wie speziell ausgebildete Ärzte und Krankenpfleger, im allgemeinen Betrieb selbst eines Krankenhauses der Höchstversorgung kaum zu finanzieren sind. Vor allem die großen, wissenschaftsgetriebenen und weltweit organisierten Studien, wie beispielsweise über Bluthochdruck oder Brustkrebs, ziehen daher seit Jahren an Deutschland vorbei, mit den entsprechenden Folgen für die Reputation unserer klinischen Forschung. Nun hat eine Entscheidung des Bundessozialgerichts diese Schwierigkeiten noch vergrößert. Es hat in einem

Grundsatzurteil entschieden, dass gesetzliche Krankenkassen die Kosten für die Grundversorgung von Forschungspatienten nicht mehr bezahlen müssen. Gemeinsam mit dem Forschungsministerium hatte die DFG gerade ein Programm von bescheidenen zehn Millionen Euro für wissenschaftsgetriebene klinische Studien aufgelegt. Dies war ohnehin nicht viel, aber doch ein Anfang. Die Entscheidung des Bundessozialgerichtes wird die klinischen Studien von nun an derart verteuern, dass wir wieder nicht vorankommen, zur Enttäuschung gerade der vielen jungen Ärztinnen und Ärzte, die es ohnehin schwer genug haben, sich in der Forschung adäquat zu etablieren. Wen wundert es, wenn sie sich entschließen, unter diesen Bedingungen lieber in den USA zu bleiben.

Noch für viel weitreichender halte ich allerdings die Folgen der Föderalismusdebatte für die Forschung in Deutschland. Ihr Scheitern war vorprogrammiert. Die Latte war viel zu niedrig aufgelegt, nachdem man von Anfang an auf eine Gebietsreform verzichtet hatte. Föderalismus funktioniert nur richtig unter den Bedingungen des fairen Wettbewerbs. Dieser wiederum bedarf einer entscheidenden Voraussetzung, nämlich der Chancengleichheit. Mit der Aufteilung in kleine bis kleinste und dann wiederum sehr große Bundesländer ist diese aber in Deutschland nicht gewährleistet. Einmal im Jahr spielen in Deutschland die Bundesligavereine mit den Amateuren zusammen, und jedermann amüsiert sich, wenn Bayern München gegen die Amateure von Hintertupfingen verliert. Aber sind wir tatsächlich nur eine Spaßgesellschaft? Im Golfspiel löst man Probleme des Zusammenspiels von starken und schwachen Spielern mit einem Handicap, das allerdings nie die Hälfte der in einem Spiel maximal erreichbaren Punkte überschreiten darf. Wenn Bayern im Jahr 2004 für 130 Milliarden Euro exportiert hat und einige unserer Stadtstaaten nicht einmal ein

zwanzigstel dieses Wertes erreichen, dann funktionieren die Handicapregeln nicht mehr. So war das Ganze zum Scheitern verurteilt und hat dabei auch noch das so wichtige Programm zur Stärkung der Universitäten in diesen Strudel hinein gezogen.

Warum das? Weil die Ministerpräsidentenkonferenz ein Junktim hergestellt hat zwischen dem Erfolg der Föderalismusreform und zwei neuen Finanzierungsarten für die Forschung in Deutschland. Das eine war ein Pakt für Forschung, der einerseits den Forschungsorganisationen für die kommenden fünf Jahre eine jährliche Steigerung von drei Prozent ihres Etats bringen sollte und sie andererseits dazu verpflichtete, die Zusammenarbeit untereinander und vor allem die mit den Universitäten zu verbessern. Diese dreiprozentige Steigerung hätte etwa 150 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für unser Forschungssystem bedeutet, also immerhin den Jahresetat einer bedeutenden Universität, wie der Universität Freiburg. Von diesen ca. 150 Millionen hätten allerdings die Universitäten als Hauptträger der Forschung nur den Anteil erhalten, der ihnen aus dem Etat der DFG zukommt, also etwa 35 Millionen, statt der ihnen qualitativ und quantitativ von ihrer Forschungsleistung an sich zustehenden eher ca. 95 Millionen. Deshalb war und ist das andere Finanzierungsinstrument, der Wettbewerb „Spitzenuniversitäten“, so wichtig. Ich habe es zu Anfang des vergangenen Jahres sehr begrüßt, als die Bundesforschungsministerin diesen Wettbewerb verkündete. Dementsprechend intensiv war auch die Zusammenarbeit zwischen der DFG, den anderen Forschungsorganisationen sowie Bund und Ländern, ihn organisatorisch auf die Beine zu stellen. Hier ging es nicht nur um 150 Millionen, sondern um fast 400 Millionen Euro pro Jahr, von denen 75 Prozent der Bund und 25 Prozent die Länder getragen hätten. Seit dem Frühsommer sitzt alles in den Startlöchern. Viele

Konzepte für Exzellenzentren und Graduiertenschulen sind geschrieben. Doch wegen des Junktims mit der Arbeit der Föderalismuskommission liegt das Projekt weiterhin auf Eis. Beliebiger lange kann es dort nicht warten, denn die jetzt geschmiedeten Bande zwischen Forscherinnen und Forschern und ihren jeweiligen Institutionen sind nicht ewig haltbar. Eis verlängert zwar den Verrottungsprozess, aber verhindert ihn am Ende nicht.

Für die Forschung in Deutschland ist dies ein Unglück, für die Länder als Verantwortliche für die Universitäten ein echtes Eigentor. Seit Jahren haben Bund und Länder über den Nutzen von Forschung und deren Förderung letztlich immer zu gemeinsamem Handeln gefunden; nun ist auch diese Gemeinsamkeit zum Faustpfand beider Seiten geworden, und dies ausgerechnet im Jahr der Innovation 2004. Der internationale Imageverlust für die Forschung in Deutschland kann gar nicht überschätzt werden.

Ich hoffe sehr, dass man im Interesse der Forschung in Deutschland bald wieder zusammenfindet. Genauso wenig wie sich Umweltpolitik in Mülltrennung und Dosenpfand erschöpfen darf, kann Forschungspolitik Kirchturmpolitik sein. Es stimmt auf der anderen Seite auch optimistisch, dass man, wenn man schon scheitern musste, ausgerechnet über das Thema „Bildung“ gescheitert ist. Es scheint beiden Seiten am Herzen zu liegen. Vielleicht deutet dies an, dass man sich Kompromissen zu öffnen bereit ist.

Wie könnten diese aussehen? Ein denkbarer Vorschlag wäre es, zur Unterstützung der besten Antragstellerinnen und Antragsteller und ihrer Institutionen doch wenigstens etwas zu tun und eine Art Forschungsprämie einzuführen. Für jeden Euro, den eine Antragstellerin oder ein Antragsteller von der DFG erhält, erhalten er respektive sie und seine beziehungsweise ihre Institution einen

zusätzlichen Betrag, der die Vollkosten der Forschung abdeckt. Diese liegen irgendwo zwischen 40 und 60 Prozent der Bewilligungssumme, sind aber wegen der Haushaltsführung der Hochschulen in der Regel nicht genau erfasst. Man würde vielleicht mit 20 Prozent beginnen und dann abwarten, bis die genauen Kosten bekannt werden. Wir machen vermehrt die Erfahrung, dass Antragstellerinnen und Antragsteller Mühe haben, die Zustimmung ihrer Kollegen zu größeren Forschungsprojekten, wie Sonderforschungsbereichen, zu erhalten, weil diese wissen, dass sie die von der DFG geforderte Grundausstattung im Zweifelsfall aus ihren eigenen Berufungsmitteln bezuschussen müssen. Diese Problematik würde durch die Forschungsprämie angegangen. Sie hätte überdies den Vorteil, dass sie leistungsbezogen vergeben würde und dass, wenn sich Bund und Länder diese Aufgaben teilten, beträchtliche Anreize bestünden, entsprechende Forschungsleistungen zu erbringen.

Was auch immer passieren mag, wir werden uns nicht entmutigen lassen, zumal es ja auch durchaus positive Entwicklungen zu vermerken gilt. Denken Sie nur an das neue Zuwanderungsgesetz, das nun „Hochqualifizierten“ erlaubt, sich um eine Arbeitserlaubnis und ein dauerhaftes Bleiberecht zu bewerben. Hoffen wir, dass dies auch so gehandhabt wird, wie es dem Wesen der Wissenschaftsfreiheit entspricht.

Lassen Sie mich noch auf zwei Schwerpunkte aufmerksam machen, die wir uns für das neue Jahr gesetzt haben: die Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Förderorganisationen und die Weiterentwicklung unserer Förderinstrumente in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Die Auslandsbeziehungen sind der DFG seit langem ein großes Anliegen. So haben wir inzwischen Verbindungsbüros in Beijing, in Washington und in Moskau. Derzeit denken wir darüber nach, die Zusammenarbeit mit indischen Wissenschaftlern auf eine neue Grundlage zu stellen. Sie ist bereits jetzt intensiv. Ein besonders interessantes Beispiel, das auch unsere Zusammenarbeit mit China auf einen Punkt bringt, ist unsere Unterstützung einer Beteiligung von jungen, hochqualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern an den Nobelpreisträgertagungen in Lindau. Nach der Woche in Lindau laden wir die Studierenden noch zu einem sehr intensiven Besuchsprogramm zu besonders interessanten Instituten, Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs. In einigen Fällen hat dieses Angebot bereits zu längeren Forschungsaufenthalten geführt. Bei diesen und anderen Programmen ist uns der DAAD ein wichtiger Partner. Im Grunde ergänzen wir uns mit unseren Angeboten. Hier der DAAD, dessen Schwerpunkt der Austausch von einzelnen Studierenden und Wissenschaftlern ist, dort die DFG, deren Förderung sich eher auf Forschungsprojekte konzentriert. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass gerade in Indien eine solche Zusammenarbeit von Erfolg gekrönt sein könnte.

Ein anderer wichtiger Partner beginnt uns die Studienstiftung des Deutschen Volkes zu werden. Sie fördert, wie man weiß, höchst qualifizierte Studentinnen und Studenten. Wir sind der Meinung, dass solche Studierende nicht früh genug auch an die Forschung herangeführt werden sollten. Daher sind inzwischen einige Aktivitäten unserer Graduiertenkollegs, wie beispielsweise Sommerschulen und Seminarprogramme, für Studienstiftler geöffnet worden. Wir wollen hierfür vermehrt auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um auf diese Weise dazu beizutragen, dass

interessierte Studierende nicht nur in den Grundlagen ihres Faches, sondern auch zur Forschung ausgebildet werden.

Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind ein traditioneller Eckpfeiler der Förderung der DFG. Als Notgemeinschaft hat sie 1920 mit der Beschaffung von Literatur begonnen und seither gerade die Geistes- und Sozialwissenschaften in ihre Aktivitäten immer und bewusst einbezogen. Unter den Förderorganisationen stellt sie damit international eine Ausnahme dar und auf diese Weise auch ein Vorbild, wenn in den kommenden zwei Jahren durch die EU eine neue Förderlinie für die Grundlagenforschung eingerichtet werden soll, deren Arbeit auch die Geistes- und Sozialwissenschaften einschließen muss.

Heute beträgt der Anteil der Geistes- und Sozialwissenschaften an den Fördermitteln der DFG etwa 190 Millionen Euro pro Jahr, was etwa 16 Prozent des Fördervolumens der DFG entspricht. Wo liegt denn dann das Problem, kann man fragen, denn dies ist durchaus ein ansehnlicher Prozentsatz? Es liegt darin, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften an den Universitäten unter besonderem Druck stehen. Mancher spricht davon, sie würden „zuschanden geritten“, nicht nur durch Sparmaßnahmen, sondern auch durch eine übermäßige Lehrbelastung. Dieser Trend muss in der Tat sorgenvoll stimmen. Es kommt hinzu, dass sich in einem „Jahr der Innovation“ die Frage stellt, was denn Innovationen in den Geistes- und Sozialwissenschaften eigentlich sind und wie die dazu in der Exzellenzförderung vorgesehenen Förderinstrumente, wie Exzellenzcluster und Graduiertenschulen, an die Bedingungen der Geistes- und Sozialwissenschaften angepasst werden können beziehungsweise überhaupt für diese geeignet sind.

In der DFG ist man sich einig darüber, unverändert das Instrument der Einzelförderung zu erhalten, wenn nicht gar auszubauen. Außerdem haben wir einen Beirat berufen, der eine Reihe von Fördermaßnahmen vorgeschlagen hat, welche den besonderen Gegebenheiten geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung Rechnung tragen. Ein Beispiel hierfür sind wissenschaftliche Netzwerke, die es auch Wissenschaftlern aus kleinen Disziplinen erlauben, sich besser zu vernetzen, auch international. Außerdem gibt es eine neue Variante der Freisemester, die nicht mehr einzeln, sondern innerhalb von Forschungsvorhaben beantragt werden können. Zeit, so habe ich gelernt, ist für Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler eine der wertvollsten Arbeitshilfen, nicht nur für diese, aber diese haben es am schwersten, sie sich zu beschaffen.

Außerdem hat es Hintergrundgespräche gegeben, um auch mit der Politik über die Probleme der Geistes- und Sozialwissenschaften ins Gespräch zu kommen. Es sollte auch in der Öffentlichkeit deutlicher werden, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften unverzichtbar sind, und dies gerade angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen, vor die uns andere Wissenschaftszweige, nicht zuletzt etwa die Medizin, heute stellen.

Auch Geistes- und Sozialwissenschaftler arbeiten zunehmend interdisziplinär. So ist die Anzahl der koordinierten Verfahren, also Sonderforschungsbereiche, Forschergruppen und Graduiertenkollegs, über die Jahre stetig und stark gestiegen. Es stellt sich die Frage, die wir durch aktive Beteiligung der Betroffenen zu beantworten suchen, ob sie den Bedürfnissen gerade der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer entsprechen oder gegebenenfalls anzupassen sind. Ich persönlich halte wenig von den so genannten zwei Kulturen des Charles Percy Snow. Meiner Ansicht

nach sind jedenfalls die Anforderungen an die Qualität und Kreativität in beiden Fällen ununterscheidbar. Die Arbeitsweisen allerdings weisen Unterschiede auf. Dies muss in unseren Förderinstrumenten seinen Widerhall finden.

Unabhängig davon gibt es bereits jetzt Erfolgsgeschichten aus der Förderung gerade in diesem Umfeld. Ich denke an die Medienwissenschaften, die Wirtschaftswissenschaften und die Theaterwissenschaften. Als Jahresgabe des Instituts für Theaterwissenschaften hier an der FU-Berlin erhielt ich kürzlich ein Büchlein mit dem Titel „Muse, Maske, Maquillage“. Einer der Aufsätze darin trug den Titel „Am besten noch schminken sich die Deutschen“. Das war in den 20er Jahren. Ob dies heute auch noch so ist, weiß ich nicht. Was ich weiß ist, von welcher hohen Qualität die Wissenschaft in Deutschland ist, und dass wir versuchen, sie zu pflegen, wo wir können. Ich danke Ihnen allen für Ihr Interesse an der DFG, das Sie durch Ihr Kommen dokumentieren. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DFG, die heute hier sind und für Fragen und Diskussionen zu Ihrer Verfügung stehen, an der Spitze die Leiterin unseres Berliner Büros, Frau Dr. Marion Müller. Vieles von dem, was wir diskutieren und entscheiden, hat sie Ihnen bereits vermittelt.

Ich wünsche Ihnen allen ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr 2005. Bleiben Sie der DFG und der Wissenschaft in Deutschland verbunden wie bisher.

Prof. Ernst-Ludwig Winnacker, Präsident der Deutschen
Forschungsgemeinschaft
11. Januar 2005, 18.00 Uhr, Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!